

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
12.04.2017
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Aufenthaltsqualität auf dem Alten Markt
Vorlage: 17/SVV/0175
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 3.2 Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen
Einrichtungen der LHP
Vorlage: 17/SVV/0059
Fraktion CDU/ANW
 - 3.3 Smart City - Potsdam Service App
Vorlage: 17/SVV/0147
Fraktionen CDU/ANW, SPD
 - 3.4 Smart City Konzept für Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0254
Fraktion CDU/ANW
 - 3.5 Besichtigung Pfingstberg
Vorlage: 17/SVV/0251
Fraktion DIE LINKE
 - 3.6 Rückführung der originalen Stadtschloßfiguren nach Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0264
Fraktion Bürgerbündnis-FDP
 - 3.7 Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Nutzung von
Übergangseinrichtungen zur vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen,
spätausgesiedelten und weiteren aus dem Ausland zugewanderten Personen
der Landeshauptstadt Potsdam (Benutzungs- und Gebührensatzung)
Vorlage: 17/SVV/0269
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
 - 3.8 Zielbild und strategische Ziele der Luftschiffhafen GmbH und der
Landeshauptstadt Potsdam für den Sportpark Luftschiffhafen
Vorlage: 17/SVV/0271
Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

- 3.9 Bürgerbeteiligung in der Potsdamer Mitte fortsetzen
Vorlage: 17/SVV/0289
Fraktion DIE LINKE
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Integrationsmonitoring 2016
Vorlage: 17/SVV/0226
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 4.2 Bürgerhaushalt 2013/14 - Rechenschaftsbericht
Vorlage: 17/SVV/0242
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
- 4.3 Stadt-Umland-Wettbewerb - Information zu geänderter Priorisierung für
Potsdamer Projekte
Vorlage: 17/SVV/0275
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.4 Prüfung - Verbreiterung der Fußwege unter der Brücke in der Neuendorfer
Straße
Vorlage: 17/SVV/0310
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 4.5 Verfahren zur Rechtsauslegung von Satzungen
Vorlage: 17/SVV/0314
Oberbürgermeister, FB Recht, Personal und Organisation
- 4.6 Schulentwicklungsplanung - 7. Sachstandsbericht
Vorlage: 17/SVV/0377
Oberbürgermeister, Fachbereich Bildung und Sport
- 5 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.04.2017

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Hinsichtlich der vorliegenden öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

Zurückzustellen sind:

- der Tagesordnungspunkt 3.1 - **Aufenthaltsqualität auf dem Alten Markt**, DS **17/SVV/0175**, da hierzu das Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nicht vorliegt,
- der Tagesordnungspunkt 3.2 - **Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle...**, DS **17/SVV/0059**, da hierzu das Votum des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion sowie des Jugendhilfeausschusses nicht vorliegt sowie
- die Tagesordnungspunkte 3.3 - **Smart City - Potsdam Service App**, DS **17/SVV/0147** und 3.4 **Smart City Konzept für Potsdam**, DS **17/SVV/0254**, vor dem Hintergrund, diese erst im Expertengremium für Digitalisierung zu diskutieren und eine Systematik der Abarbeitung festzulegen.

Darüber hinaus habe die Fraktion Bürgerbündnis-FDP ein Rederecht für Herrn Wendland zum Tagesordnungspunkt 3.6 - **Rückführung der originalen Stadtschlossfiguren nach Potsdam**, beantragt.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 55. Sitzung des Hauptausschusses vom 12.04.2017 wird mit 15 Ja-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung, bestätigt.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Aufenthaltsqualität auf dem Alten Markt**

Vorlage: 17/SVV/0175

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt

zu 3.2 **Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen Einrichtungen der LHP**

Vorlage: 17/SVV/0059

Fraktion CDU/ANW

zurückgestellt

zu 3.3 **Smart City - Potsdam Service App**

Vorlage: 17/SVV/0147

Fraktionen CDU/ANW, SPD

zurückgestellt – zur Beratung in dem zu bildenden Expertengremium für Digitalisierung

zu 3.4 Smart City Konzept für Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0254
Fraktion CDU/ANW

zurückgestellt – zur Beratung in dem zu bildenden Expertengremium für Digitalisierung

zu 3.5 Besichtigung Pfingstberg
Vorlage: 17/SVV/0251
Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein und betont, das Vorhaben mit organisierten Vor-Ort-Terminen und unter Einbeziehung der Bürgerinitiative begleiten zu wollen. Herr Goetzmann signalisiert, dieses deutliche Interesse und den Wunsch in den Fortgang der Baumaßnahme eingebunden zu sein, den Beteiligten gern vermitteln zu wollen. Allerdings werde dieses Interesse aus dem vorliegenden Antrag nicht ersichtlich und könnte auch missverstanden werden. So werde nicht deutlich, welche der beiden Bürgerinitiativen gemeint sei. Außerdem haben diese in den vergangenen Monaten durch ihre Redebeiträge, z. B. im Hauptausschuss, vertrauensbildenden Maßnahmen eher entgegengewirkt. Der Oberbürgermeister betont, dass die Stadt keine Beteiligte an dem Projekt sei und insofern nur darum bitten könne, sich im Rahmen von Besichtigungsterminen über den Baufortschritt informieren zu lassen, z. B. in einem halbjährlichen Rhythmus. Bezüglich der Bürgerinitiativen stimme er der Einschätzung von Herrn Goetzmann zu und erinnert an die Wortwahl einer Bürgerinitiative im Rahmen des Rederechts im Hauptausschuss.

Herr Dr. Scharfenberg schlägt vor, für die Stadtverordneten nach der Sommerpause einen Besichtigungstermin zu organisieren; der Aspekt der Einbeziehung der Bürgerinitiativen könne dabei Berücksichtigung finden, zumal sich beide unterscheiden. Das Interesse der unmittelbaren Anwohner sollte so formuliert werden, dass Spielräume vorhanden sind.

Er schlägt vor, den 2. Satz wie folgt zu ändern:

*~~Dazu sollten für die Stadtverordneten mindestens~~ halbjährlich **nach der Sommerpause eine Besichtigung des Areals ermöglicht** organisiert werden.
Die nachfolgenden 2 Sätze werden gestrichen.*

Nach einem weiteren Meinungsaustausch schlägt der Oberbürgermeister folgende Formulierung des ersten Satzes vor:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, ~~dafür Sorge zu tragen, dass der in~~ **Abstimmung mit dem Eigentümer eine Möglichkeit zu schaffen, den** Fortgang der Sanierungsarbeiten am Pfingstberg unmittelbar von den Stadtverordneten ~~begleiteten werden kann~~ **zu können.**

Der so geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, ~~dafür Sorge zu tragen, dass der in~~ **Abstimmung mit dem Eigentümer eine Möglichkeit für Stadtverordnete zu schaffen, den** Fortgang der Sanierungsarbeiten am Pfingstberg unmittelbar ~~von~~

~~den Stadtverordneten begleitet werden kann zu können.~~

~~Dazu sollten – für die Stadtverordneten mindestens halbjährlich nach der Sommerpause eine Besichtigungen des Areals ermöglicht organisiert werden. Der erste Termin für eine solche Besichtigung sollte nach der Sommerpause stattfinden.~~

~~Zu dieser Besichtigung sollten auch Vertreter der Bürgerinitiative eingeladen werden.~~

Der Hauptausschuss ist im Juni 2017 über den Stand zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

zu 3.6 **Rückführung der originalen Stadtschloßfiguren nach Potsdam**

Vorlage: 17/SVV/0264

Fraktion Bürgerbündnis-FDP

Herr Kirsch bringt den Antrag ein. Anschließend erhält Herr Wendland das Rederecht und erläutert die aus seiner Sicht bestehende Rechtsnachfolge der Landeshauptstadt Potsdam und deren rechtmäßiges Eigentum an den Stadtschloßfiguren.

Frau Krusemark erläutert anschließend den Sachverhalt und die Eigentumsverhältnisse an den Figuren. Diese Stellungnahme wird auf Wunsch von Herrn Kirsch der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Nach einem kurzen Meinungs austausch bittet er den Antrag **zurückzustellen**, um diese Stellungnahme prüfen und den Antrag eventuell anpassen zu können.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3.7 **Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Nutzung von Übergangseinrichtungen zur vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen, spätausgesiedelten und weiteren aus dem Ausland zugewanderten Personen der Landeshauptstadt Potsdam (Benutzungs- und Gebührensatzung)**

Vorlage: 17/SVV/0269

Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt mehrheitlich, dieser Beschlussvorlage zuzustimmen. Auf eine erneute Einbringung wird verzichtet und da kein Redebedarf besteht, diese zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Nutzung von Übergangseinrichtungen zur vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen, spätausgesiedelten und weiteren aus dem Ausland zugewanderten Personen der Landeshauptstadt Potsdam (Benutzungs- und Gebührensatzung).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

zu 3.8 Zielbild und strategische Ziele der Luftschiffhafen GmbH und der Landeshauptstadt Potsdam für den Sportpark Luftschiffhafen

Vorlage: 17/SVV/0271

Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Herr Schüler betont in seinen Ausführungen, dass die Fraktion dieser Vorlage nicht zustimmen werde, da darin aus Sicht der Fraktion keine Entwicklung ablesbar sei. Ebenso bemängelt Frau Armbruster die fehlende „Konkretheit“ des Zielbildes.

Frau Rademacher weist darauf hin, dass insgesamt über 25 Optimierungsmaßnahmen gesprochen werde und eine davon die Findung eines Zielbildes sei. Das vorgelegte Zielbild fasse die Formulierungen verschiedener Beteiligter zusammen und bilde den Rahmen für weitere Optimierungsmaßnahmen sowie die Grundlage für die Zielvereinbarung mit der Luftschiffhafen GmbH. Beginnend mit dem Jahr 2018 werden konkrete und fassbare Ziele formuliert.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass hier wesentliche Punkte als sozusagen „Dach“ zusammengefasst worden seien und sich auf Eckpunkte konzentriert wurde. Die Vorlage sollte nicht insgesamt in Frage gestellt, sondern konkret benannt werden, was fehle. Der Oberbürgermeister verweist auf den darüber hinaus laufenden Gesamtprozess und bemängelt, dass die Aussagen von Herrn Schüler und Frau Armbruster sehr vage und unbestimmt und somit nicht zielführend seien.

Herr Schüler entgegnet, dass er konkretere Entscheidungsgrundlagen erwartet habe, z.B. zu der Frage, welche Sportarten gefördert werden sollen und welche nicht oder zum Verhältnis von Leistungs- und Breitensport. In der Vorlage seien Festlegungen enthalten, keine Entscheidungsgrundlagen.

Nach einem weiteren Meinungsaustausch wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Das **Zielbild und die strategischen Ziele für den „Sportpark Luftschiffhafen“** als Grundlage für dessen weitere Entwicklung und Betreibung sowie für die Erarbeitung der zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und der Luftschiffhafen Potsdam GmbH abzuschließenden Zielvereinbarung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	12
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	2

zu 3.9 Bürgerbeteiligung in der Potsdamer Mitte fortsetzen

Vorlage: 17/SVV/0289

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt die Vorlage ein und betont, dass es einerseits Anliegen sei, die unmittelbaren Anwohner einzubeziehen, andererseits aber auch alle anderen Einwohner dieser Stadt, da es sich um den Mittelpunkt der Stadt handele.

Herr Goetzmann erläutert, dass hier zwei Seiten bedient werden sollen. Zum einen die Information und zum anderen die Beteiligung. Bezüglich der Information sehe auch die Verwaltung den Bedarf, die unmittelbar Betroffenen im Umfeld über konkrete Dinge ins Bild zu setzen. Den vorgegebenen Rhythmus von einem halben Jahr sehe er nicht unbedingt als sinnvoll an, da es zeitlich unterschiedliche Teilabschnitte gebe. Werde dies gestrichen, könne die Verwaltung mit dem ersten Absatz mitgehen.

Bezüglich der Beteiligung habe er gelernt, dass als erstes die Frage zu beantworten sei, worum es geht und welche Entscheidungen in die Hände der Beteiligten gelegt werden sollen. Aufgrund der umfangreich getroffenen Entscheidungen mit dem Leitbautenkonzept sehe er für eine tatsächliche Beteiligung keinen Raum mehr. Aber, auch die überfraktionelle Arbeitsgruppe sehe den Bedarf, mehr Transparenz in die Prozesse zu bringen. In dieser Richtung sollte weiter überlegt und das Wort „Beteiligung“ insofern gestrichen werden.

Daran anschließend schlägt der Oberbürgermeister vor, den 2. Abschnitt wie folgt zu formulieren:

Weiterhin wird der Oberbürgermeister beauftragt, **Vorschläge zu unterbreiten, wie die weiteren Schritte der Gestaltung der Potsdamer Mitte beraten und diskutiert werden können.**

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass er dem aufgeschlossen gegenüberstehe, auch wenn er keine stringente Trennung von Information und Beteiligung sehe, denn Information sei aus seiner Sicht eine „niederschwellige“ Form der Beteiligung. Die vorgeschlagenen Änderungen übernehme die Fraktion; der vorletzte Satz ist demzufolge aus dem Beschlussvorschlag zu streichen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ~~beginnend mit ab dem 2. Halbjahr 2017 mindestens halbjährlich eine~~ **regelmäßige** Informationsveranstaltungen zur weiteren Gestaltung der Potsdamer Mitte durchzuführen. Zu diesen öffentlichen Veranstaltungen sind insbesondere die Anwohnenden des Alten Marktes und des unmittelbaren Umfeldes einzuladen.

Weiterhin wird der Oberbürgermeister beauftragt, ~~ein Beteiligungsgremium einzurichten, mit dem die weiteren Schritte zur Gestaltung der Potsdamer Mitte beraten und diskutiert werden.~~ **Vorschläge zu unterbreiten, wie die weiteren Schritte der Gestaltung der Potsdamer Mitte beraten und diskutiert werden können.**

~~In diesem Gremium soll auch Potsdamerinnen und Potsdamern aus den verschiedenen Stadtteilen die Gelegenheit zur Mitwirkung eingeräumt werden, um die weiteren Gestaltungsschritte aus unterschiedlichen Bezugspunkten heraus zu begleiten.~~

Ein entsprechender Vorschlag ist der Stadtverordnetenversammlung im Juli 2017 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	16
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Integrationsmonitoring 2016

Vorlage: 17/SVV/0226

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Zu der vorliegenden Mitteilungsvorlage führt Herr Finken aus, dass diese aus seiner Sicht nicht vollständig sei, da seit längerem in der Politik nicht nur davon gesprochen werde, die Integration zu fördern sondern auch zu fordern. Er bittet, dem zukünftig Beachtung zu schenken und dies in der Berichterstattung zu berücksichtigen.

Frau Dr. Müller verweist darauf, dass sich diese Forderung ab der Seite 56 konkret wiederfinde; darüber hinaus sei eher das Integrationskonzept die richtige „Stelle“ dies zu verankern. Im Weiteren wirbt sie für eine bessere Verbindung/Passfähigkeit von Integrationsmonitoring und Integrationskonzept.

Herr Schubert schließt mit dem Verweis daran an, dass das auch Thema der Arbeitsgruppe „Asyl“ gewesen sei und dies die Frage der besseren fachbereichsübergreifenden Zusammenarbeit berühre, um diese Lücke schließen zu können.

Frau Grasnick betont, dass sich in dem Monitoring Zahlen, Verläufe und Entwicklungen abbilden. Dem Vorschlag der besseren Verzahnung von Monitoring und Konzept stimme sie zu.

Herr Kolesnyk meint, dass sich dieses „fordern“ auch an Zahlen festmachen müsse. Demzufolge sei zu definieren an welchen und diese könnten zukünftig in das Monitoring aufgenommen werden.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.2 Bürgerhaushalt 2013/14 - Rechenschaftsbericht

Vorlage: 17/SVV/0242

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.3 Stadt-Umland-Wettbewerb - Information zu geänderter Priorisierung für Potsdamer Projekte

Vorlage: 17/SVV/0275

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Der Oberbürgermeister erläutert eingangs kurz den Inhalt der vorliegenden Mitteilung.

Anschließend beantwortet Herr Goetzmann die Nachfragen von Herrn Dr. Scharfenberg zum Uferweg Wasserwerk Leipziger Straße und verweist in diesem Zusammenhang auf die zu befürchtenden bürokratischen Hürden bei der Beantragung von Fördermitteln beim Land. Die Antwort auf die Nachfrage von Frau Armbruster, worin sich die Kostensteigerung für den „Wanderrastplatz Nordufer Fahrländer See“ begründe, wird nachgereicht.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.4 Prüfung - Verbreiterung der Fußwege unter der Brücke in der Neuendorfer Straße

Vorlage: 17/SVV/0310

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, warum die an dieser Stelle aufgestellten Werbeanlagen nicht an einen anderen Standort verlagert werden können. Herr Goetzmann verweist auf die Problematik fehlender Alternativstandorte.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.5 Verfahren zur Rechtsauslegung von Satzungen

Vorlage: 17/SVV/0314

Oberbürgermeister, FB Recht, Personal und Organisation

Nach Beantwortung einzelner Rückfragen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

zu 4.6 Schulentwicklungsplanung - 7. Sachstandsbericht

Vorlage: 17/SVV/0377

Oberbürgermeister, Fachbereich Bildung und Sport

Frau Rademacher erläutert die vorliegende Mitteilungsvorlage an Hand einer Power-Point-Präsentation. Anschließend wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

zu 5 Sonstiges

Frau Krusemark informiert über das Ergebnis des Gerichtsverfahrens gegen den ehemaligen Stadtverordneten Herrn Menzel. In der heutigen Hauptversammlung wurde das Verfahren wegen geringer Schuld eingestellt.

Der Oberbürgermeister betont, dass dies keinen Freispruch beinhaltet und wahrscheinlich habe seine Intervention gegen die Ausführungen des Herrn Menzel in der damaligen Stadtverordnetenversammlung und die der Vorsitzenden schlimmeres verhindert. Dies sollte auch Mahnung sein, keine vertraulichen Sachen aus den Aufsichtsräten „auszuplaudern“.